

An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 19.01.2012

AN/0107/2012

Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2012

Waffenrechtliche Genehmigungen rechtsextremer Kölner

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sowohl in Hamburg als auch in Bremen gab es Ende 2011 Durchsuchungen von Wohnungen Rechtsextremer. Bei den Durchsuchungen wurden Waffen gefunden, für die die Betroffenen jedoch waffenrechtlichen Genehmigungen besaßen. Das bedeutet, dass Rechtsextreme Waffen besitzen, obwohl das Waffengesetz ermöglicht, ihnen sie zu entziehen. Denn im § 5 Abs. 2 Nr. 3 des Waffengesetzes heißt es:

"Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen in der Regel Personen nicht, die einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder in den letzten fünf Jahren verfolgt oder unterstützt haben, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind [...]."

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will zukünftig prüfen lassen, ob bei Anhängern der rechten Szene die Voraussetzungen zur Versagung der waffenrechtlichen Genehmigungen vorliegen. Derzeit läuft in Niedersachsen eine Überprüfung von Straftätern, die der rechten Szene zugeordnet werden. Diejenigen unter ihnen, die einen Waffenschein besitzen, müssen diesen wegen Unzuverlässigkeit abgeben.

Kölner Rechtsextreme und Neonazis waren am 19. Februar bei einer Großdemonstration in Dresden dabei und beteiligten sich an Gewalttaten. In der Folge kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen in Köln und Umgebung – so z. B. bei Personen der sogenannten „Freien Kräfte Kölns“. Jürgen Peters vom Antirassistischen Bildungsforum Rheinland warnte in einem kürzlich erschienenen Artikel, dass es funktionsfähige rechtsextreme Strukturen in Köln gebe.

Vor diesem Hintergrund bittet DIE LINKE, dass sich die Verwaltung mit dem Innenministerium des Landes NRW in Verbindung setzt, um folgende Fragen über die Kölner Situation beantworten zu können.

1. Welche Gruppierungen und Organisationen des rechten Spektrums gibt es in Köln und wie haben sich diese in den letzten fünf Jahren entwickelt?
2. Wie viele Personen in Köln, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden, besitzen waffenrechtliche Genehmigungen?
3. Wie viele Waffenfunde gab es in den letzten drei Jahren bei Neonazis oder anderen Personen der extremen Rechten sowie sonstigen Tatverdächtigen der PMK-rechts (Politisch motivierte Kriminalität rechts), z. B. der islamfeindlichen Szene? Bitte nach Jahren und Art der Waffen aufschlüsseln. Bei wie vielen Straftaten, die der extremen Rechten zugeordnet werden, kam es zum Einsatz von Waffen? Bitte nach Straftat und Waffentyp aufschlüsseln.
4. Wie ist der Stand der Ermittlungen gegen die Kölner Rechtsextremen, die sich an den Gewalttaten während einer rechtsextremen Demonstration in Dresden im Februar 2011 beteiligten?
5. Ist der Stadt bekannt, ob und welche Maßnahmen das Land NRW gegen die rechtsextreme Terrorgefahr ergreifen wird, und welchen Handlungsspielraum hat die Stadt Köln?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Jörg Detjen
Fraktionssprecher

gez.

Gisela Stahlhofen
Fraktionssprecherin